

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Frau Eid, Auhagen und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Kittelmann, Wissmann, Klein (München), Dr. Pinger, Lenzer, Höffkes, Echternach, Graf Huyn, Frau Geiger, Lattmann, Dr. Schwörer, Schwarz, Clemens, Dr. Unland, Kolb, Dr. Kunz (Weiden), Dr. Jobst, Repnik, Weiß, Hornung, Hinrichs, Frau Roitzsch (Quickborn), Frau Dr. Hellwig, Jagoda, Dr. Stercken, Dr. Schroeder (Freiburg), Lowack, Hedrich, Kraus, Dr. Lammert, Reddemann, Magin, Ruf, Müller (Wadern) und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Graf Lambsdorff, Dr. Haussmann, Beckmann, Frau Seiler-Albring, Dr. Weng (Gerlingen), Dr. Feldmann, Dr. Solms, Frau Dr. Segall, Dr. Rumpf, Dr.-Ing. Laermann, Kohn und der Fraktion der FDP

Wettbewerbschancen der deutschen Wirtschaft im pazifischen Raum — Drucksachen 10/3995, 10/5133 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß es sich bei vielen Staaten im asiatisch-pazifischen Raum, die in enger wirtschaftlicher Kooperation mit der Bundesrepublik Deutschland stehen, namentlich Südkorea, Indonesien, Thailand, Taiwan und Malaysia, um autoritäre Gesellschaftssysteme handelt, in denen die Menschenrechte systematisch verletzt, die Opposition ausgeschaltet und die gewerkschaftlichen Rechte unterdrückt werden.

Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf, in diesen Staaten die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Forderung nach demokratischer Entwicklung zu koppeln.

Der Deutsche Bundestag greift zudem die Initiative des Diakonischen Werkes und Justitia et Pax auf und bittet die Bundesregierung, in dem zweifellos schwerwiegendsten Fall von Menschenrechtsverletzungen in Südostasien, der anhaltenden Besetzung Osttimors auf die indonesische Regierung einzuwirken, „um die völkerrechtswidrige Besetzung zu beenden, die Rechte der Zivilbevölkerung zu achten und internationale Hilfen und Kontrollen zuzulassen“.

Ferner fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, alle Rüstungsexporte und Lizenzproduktionen seitens der Bundesrepublik Deutschland in die Länder des asiatisch-pazifischen Raumes unverzüglich zu stoppen.

Bonn, den 19. Juni 1986

Eld

Auhagen

Borgmann, Hönes, Volmer und Fraktion